

10 Jahre MPI für Mikrostrukturphysik

„Halle? Wo ist Halle?“ Anfang der neunziger Jahre musste Jürgen Kirschner, Direktor am Max-Planck-Institut für Mikrostrukturphysik in Halle, seinen Gesprächspartnern auf Tagungen immer erklären: „Wenn Sie auf der Autobahn von München nach Berlin fahren, dann...“. Heute, zehn Jahre später, hat sich zumindest in der Welt der Mikrostrukturphysik herumgesprochen, wo Halle liegt. „Oh yes, Halle – aren't there also Bruno and Gösele?“ wurde Kirschner kürzlich auf einer Konferenz in Japan auf seine



Blick auf das Max-Planck-Institut für Mikrostrukturphysik in Halle, das kürzlich sein 10-jähriges Bestehen feierte (Foto: MPG)

Direktorenkollegen Patrick Bruno und Ulrich Gösele angesprochen. Gelegenheit, diese Episode zu erzählen, bot die Festveranstaltung am 19. April, bei der die 200 Mitarbeiter des Instituts gemeinsam mit rund 160 Gästen das zehnjährige Bestehen des Instituts feierten.

Das MPI für Mikrostrukturphysik war das erste Max-Planck-Institut in den neuen Bundesländern. Hervorgegangen ist es aus dem Akademieinstitut für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie, das zuvor vom Wissenschaftsrat positiv evaluiert worden war. „Die Gründung war ein markanter und sehr konkreter Beitrag zum Aufbau einer gemeinsamen, gesamtdeutschen Forschungslandschaft“, sagte der zum Zeitpunkt der Festveranstaltung noch amtierende Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt Reinhard Höppner. Von den heute rund 80 Max-Planck-Instituten befinden sich 18 in den Neuen Bundesländern, darunter das MPI für Gravitationsphysik in Golm sowie das MPI für Physik komplexer Systeme und das MPI für chemische Physik fester Stoffe in Dresden.

Am MPI für Mikrostrukturphysik beschäftigen sich derzeit rund

40 fest angestellte Wissenschaftler und über 50 Doktoranden und Stipendiaten mit der Mikro- und Nanostruktur von dünnen Schichten, Quantenstrukturen, Nanokristalliten oder Materialverbänden, hauptsächlich aus Metallen, Halbleitern, Keramiken sowie Ferroelektrika. Für den international hervorragenden Ruf des Instituts spricht, dass die Hälfte der Wissenschaftler aus dem Ausland kommt, darunter bisher schon mehr als ein Dutzend Humboldt-Preisträger. Neben dem Beweis für die Weltoffenheit des Instituts mache dies aber auch deutlich, sagte Kirschner, dass angesichts des BAT-Ost viele deutsche Wissenschaftler lieber in den alten Bundesländern arbeiten. Allen hervorragenden internationalen Kontakten, insbesondere nach Osteuropa, zum Trotz musste dann aber doch kurzfristig ein Gast absagen: Der Physik-Nobelpreisträger von 2000, Zhores Alferov, der beim wissenschaftlichen Symposium am Nachmittag vortragen sollte, gehört der kommunistischen Fraktion in der russischen Staatsduma an und wurde kurzfristig zum Präsidenten Putin beordert.

Durch die Zusammenarbeit mit dem Institutsteil Halle des Fraunhofer-Instituts für Werkstoffmechanik in Freiburg, das bereits vor der Gründung des MPI für Mikrostrukturphysik aus der Arbeitsgruppe „Bruchforschung“ des Akademieinstituts für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie hervorgegangen war, sowie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, sei es gelungen, den Standort Halle als Zentrum für Materialforschung zu etablieren, lobte Ministerpräsident Höppner. Der Ausbau des Fraunhofer-Instituts sowie eine Erweiterung des Technologie- und Gründerzentrums werden zu einer weiteren Stärkung dieses Standorts beitragen.

STEFAN JORDA

Hochschulverband gegen Doktorandenstatus

Doktoranden sollen weiterhin verschiedene Wege zum Dokortitel offen stehen. Das forderte der Deutsche Hochschulverband bei seiner diesjährigen Jahresversammlung in Koblenz. Die Berufsvertretung der Universitätsprofessoren spricht sich

für einen Wettbewerb zwischen Graduiertenkollegs, universitären Doktorandenprogrammen und anderen Wegen zur Promotion aus. Die in Koblenz verabschiedete Resolution richtet sich gegen Überlegungen im Bundesforschungsministerium (BMBF), in Deutschland ein flächendeckendes Promotionsstudium nach dem Vorbild der amerikanischen Graduate Schools einzuführen. Der entsprechende Passus im neuen Hochschulrahmengesetz (HRG), gegen den der Verband ins Feld zieht, ist allerdings noch wenig konkret. Dort heißt es: „Die Hochschulen sollen für ihre Doktorandinnen und Doktoranden forschungsorientierte Studien anbieten und ihnen den Erwerb von akademischen Schlüsselqualifikationen ermöglichen.“

Außerdem spricht sich die Standesvertretung der Professoren gegen einen formalisierten Doktorandenstatus aus. Bislang war die Betreuung der Doktoranden allein Sache des Doktorvaters oder der Doktormutter. Im neuen HRG ist eine gewisse Verantwortung der Hochschule für die Doktoranden festgeschrieben: „Die Hochschulen wirken auf die wissenschaftliche Betreuung ihrer Doktorandinnen und Doktoranden hin.“ Das missfällt dem Hochschulverband. Die Praxis zeige, dass viele Promotionen nur aufgrund des persönlichen Einsatzes des Hochschullehrers zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht worden seien. Daher lehne man die Ablösung des persönlichen Lehrer-Schüler-Verhältnisses zugunsten einer entpersonalisierten Zuweisung der Doktoranden an die Fakultät ab.

Der Präsident des Deutschen Hochschulverbandes, Hartmut Schiedermaier, kritisierte außerdem die von Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn angekündigte Nachbesserung des HRG. Bulmahn will Doktoranden und Habilitanden in den nächsten drei Jahren Ausnahmen von den neuen Befristungsregelungen erlauben. Dabei handle es sich um ein Ablenkungsmanöver, sagte Schiedermaier, mit dem verunsicherte Nachwuchswissenschaftler ruhiggestellt werden sollten. Die Resolutionen des Verbands sind im Internet nachzulesen unter www.hochschulverband.de

MAX RAUNER